

An die Landrätin des
Rhein-Kreises Neuss
Frau Katharina Reinhold
Kreisverwaltung

AfD - Fraktion im Kreistag RKN

Moselstraße 5A
Pomona
41464 Neuss

Telefon: 02131/512 5884

Email: kreistagsfraktion@afd-rhein-kreis-neuss.de

Datum: 03.06.2026

Zur Behandlung im Kreistag am 24.Juni

Anfrage:

Wie ist der Sachstand hinsichtlich täglicher Angriffe auf Beschäftigte im öffentlichen Dienst und bei ÖPNV-Betrieben sowie städtischen Unternehmen im Straßen- und Außendienst

Sachverhalt:

namens der AfD-Fraktion im Kreistag des Rhein-Kreises Neuss bitten wir um die schriftliche Beantwortung der nachfolgenden Anfrage gemäß § 11 der Geschäftsordnung des Kreistages des Rhein-Kreis Neuss.

Angriffe auf Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im öffentlichen Dienst sowie bei ÖPNV-Gesellschaften und städtischen Betrieben – insbesondere Ordnungskräfte, Bus- und Bahnfahrerinnen und -fahrer sowie weiteres im öffentlichen Raum tätiges Personal – stellen ein zunehmendes gesellschaftliches Problem dar. Vorfälle dieser Art gefährden nicht nur die körperliche Unversehrtheit der Betroffenen, sondern beeinträchtigen auch die Funktionsfähigkeit wesentlicher öffentlicher Dienstleistungen.

Stellvertretend für eine Vielzahl vergleichbarer Vorfälle sei auf einen aktuellen Fall aus dem Oberbergischen Kreis (NRW) verwiesen: Am 17. Mai 2026 wurde am Busbahnhof Derschlag ein 42-jähriger Busfahrer von zwei jungen Männern brutal zusammengeschlagen. Das Opfer erlitt dabei ein leichtes Schädel-Hirn-Trauma, mehrere Gesichtsfrakturen sowie eine schwere Jochbeinfraktur, die operativ versorgt werden musste. Der Betroffene befand sich stationär im Krankenhaus und ist auf unbestimmte Zeit krankgeschrieben. Gegen die mutmaßlichen Täter, einen 19-jährigen Gummersbacher und einen 17-jährigen Bergneustädter, wird wegen des Verdachts der gefährlichen Körperverletzung ermittelt (Quelle: Oberberg-Aktuell, 28.05.2026, <https://www.oberberg-aktuell.de/blaulicht/busfahrer-muss-nach-brutaler-attacke-mehrfach-operiert-werden-a-132585>).

Auch wenn sich dieses konkrete Ereignis nicht im Rhein-Kreis Neuss ereignet hat, steht es stellvertretend für eine bundesweite Problemlage, die nach Einschätzung der AfD-Fraktion auch im Zuständigkeitsbereich des Rhein-Kreises Neuss einer transparenten Aufarbeitung und eines systematischen Präventionskonzepts bedarf.

Vor diesem Hintergrund bitten wir um Beantwortung der nachfolgenden Fragen:

1. Werden im Rhein-Kreis Neuss Angriffe auf Beschäftigte des öffentlichen Dienstes sowie auf Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von ÖPNV-Gesellschaften und städtischen Betrieben, die im Straßen- und Außendienst tätig sind (z. B. Ordnungskräfte, Bus- und Bahnfahrerinnen und -fahrer), systematisch erfasst?

2. Falls eine Erfassung erfolgt: Wie viele solcher Angriffe wurden in den zurückliegenden fünf Jahren (2021–2025) jeweils pro Jahr registriert? Bitte aufschlüsseln nach betroffener Berufsgruppe und Jahr.
3. Welcher Art waren die registrierten Angriffe? Bitte differenzieren nach verbalen Übergriffen, Bedrohungen, tätlichen Angriffen (leicht, mittelschwer, schwer), Sachbeschädigungen und sonstigen Vorfällen.
4. Wie schwerwiegend waren die registrierten Angriffe im Einzelnen? Bitte nach Schweregrad (z. B. leichte Körperverletzung, schwere Körperverletzung, gefährliche Körperverletzung, Dienstunfähigkeit, Krankenhausaufenthalt) aufschlüsseln, soweit Daten vorliegen.
5. Welche rechtlichen und dienstrechtlichen Konsequenzen wurden aus den registrierten Vorfällen gezogen? Bitte nach Art der Konsequenz differenzieren (z. B. Strafanzeige, Strafverfolgung, zivilrechtliche Schritte, Hausverbote, sonstige Maßnahmen).
6. Liegen dem Kreis Informationen vor, ob und in welchem Umfang ÖPNV-Gesellschaften und städtische Betriebe im Kreisgebiet Vorfälle gesondert erfassen und dokumentieren? Wenn ja, können diese Daten zur Verfügung gestellt werden?
7. Verfügt der Rhein-Kreis Neuss über ein Präventionskonzept zum Schutz der genannten Berufsgruppen vor Angriffen im Dienst? Wenn ja, wie ist dieses ausgestaltet?
8. Falls kein Präventionskonzept existiert: Ist die Erarbeitung eines solchen Konzepts geplant? Wenn ja, in welchem Zeitrahmen und unter Einbeziehung welcher Akteure (z. B. Kreisverwaltung, ÖPNV-Unternehmen, Polizei, Sozialträger)?
9. Welche konkreten Maßnahmen wurden oder werden ergriffen, um die Sicherheit der genannten Beschäftigtengruppen im täglichen Dienst zu erhöhen (z. B. technische Sicherheitsmaßnahmen, Videoüberwachung, Deeskalationsschulungen, Notfallsysteme, Leitstellen-Direktverbindungen zur Polizei)?
10. Lässt sich anhand vorliegender Erkenntnisse – etwa aus Ermittlungsverfahren, Polizeiberichten oder eigener Statistik – eine Aussage dazu treffen, welchen Personengruppen die Täterinnen und Täter bei den erfassten Angriffen zuzuordnen sind? Bitte nach Möglichkeit aufschlüsseln gemäß den Kategorien der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS), insbesondere hinsichtlich Alter, Nationalität und Aufenthaltsstatus der Tatverdächtigen, soweit diese Daten vorliegen oder durch die Kreisbehörden ermittelt werden können.
11. Plant die Kreisverwaltung eine Berichterstattung gegenüber dem Kreistag oder dem zuständigen Fachausschuss zu diesem Thema?



Michael Daniels

Fraktionsvorsitzender AfD



Niklas Odendahl

Stellv. Fraktionsvorsitzender AfD